

kann, als dort, wo alle diese Voraussetzungen fehlen, aber vielleicht der Stückpreis besser ist. Der Umstand, ob eine Arbeit als Maschinenarbeit behandelt werden kann oder ob sie ziemlich elegant vollendet werden muß, hat natürlich auch auf den Stückpreis Einfluß. Aber Alles dies kann doch unmöglich in einem Tarif Spezialität aufgeführt werden! Es bedürfte dazu einer riesenhaften Gebuld einer Tarifkommission und die Lebensfähigkeit würde bei dem ungeheuren Umfang entschieden nachbleiben. Dazu kommt, daß eine neue Maschine, ja schon eine Verbesserung einer solchen, ein neues Material und veränderte Arbeitsmethoden fortwährend in unserem Gewerbe unumgänglich auf den Stückpreis einwirken und jeden Normaltarif illusorisch machen.

Sein Wunder, daß angesichts dieser Zerfahrenheit in den Lohnsätzen mancher Stückerbeiter etwas pessimistisch über Bewegung für kürzere Arbeitszeit gegenübersteht. Es wäre ein Leichtes, ihm zu raten, die Stückerbeit niederzulegen und in Wochenlohn zu treten. Dieser Wechsel würde wahrscheinlich auch von den meisten Affordarbeitern vollzogen werden, wenn — nun, wenn ihnen ihr fetter Durchschnittsverdienst im Stücklohn auch als Stunden- oder Wochenarbeiter garantiert wäre. Unter dieser einen Bedingung ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Stückerbeiter sich gegen die Affordarbeit aussprechen würden und dies wäre doch wenigstens ein moralischer Erfolg, denn gegen die wirkliche Beilegung würden sich in letzter Linie wohl unsere Großbuchbinder mit allen Mitteln sträuben, was allerdings nicht ausschließt, daß bei einem ernstlichen und einigen absehenden Vorgehen der Arbeiter die Stückerarbeit democh verschwinden müßte.

Doch dies liegt vorläufig noch fern. Wir würden unsere Kräfte zerpfählen, wollten wir diese Frage als die nächst wichtigste bezeichnen. Wir müssen aber einen Weg ausfindig machen, der den Stückerbeitern einen Ersatz für die verloren gehende Arbeitsstunde (beim Neustundentag) bietet. Wir wollen einen Versuch zur Lösung unserer Kollegen zur Diskussion unterbreiten. Wir können gegenwärtig die sechsstündige Arbeitszeit als allgemein für die Großbuchbinderei zutreffend annehmen. Verkürzen wir diesen Arbeitstag um eine Stunde, so wird der Stückerbeiter eine Mindereinnahme von 10 Prozent seines fetterigen Verdienstes haben, wenn er nicht im Stunde ist, seine Leistungsfähigkeit entsprechend zu steigern, was jedoch, wie schon erwähnt, in den seltensten Fällen möglich sein wird. Um diesen Ausfall zu decken, wäre es nötig, daß in jeder Werkstufe die dort beschäftigten Stückerarbeiter eine Erhöhung ihrer fetterigen Affordsätze um 10 Prozent verlangten. Da in jeder Großbuchbinderei schon eine Art Sautariff für regelmäßig wiederkehrende Arbeiten besteht, ist es nicht besonders schwierig, eine Erhöhung in diesem Sinne durchzuführen, wenn alle Stückerarbeiter damit einverstanden sind und die Stundenarbeiter ihre moralische Unterstützung zusagen. Der Prinzipal hat nun selbstverständlich nicht nur für die Stückerarbeiter höhere Lohnsätze zu zahlen, sondern die kürzere Arbeitszeit bei unverkürztem Lohn der Stundenarbeiter bedeutet für ihn ebenfalls eine Mehrleistung von 10 Prozent. Selbstverständlich kann es nicht unsere Absicht sein, unsere Prinzipale zu schädigen, als Gegenleistung für unsere — freilich nur scheinbare — Lohnerhöhung machen wir ihnen den Vorschlag, ihren

Schaden auf ihre Arbeitgeber, die Buchhändler, abzuwälzen, indem sie ihre Preise um 15 Prozent erhöhen. Gelingt dies, dann haben sie sogar noch 5 Prozent Reingewinn, den wir ihnen vorläufig gern als „Schmerzengeld“ gönnen wollen. Doch Spaz bei Seite. Wir glauben keineswegs an eine so programmatische Bewilligung einer neunstündigen Arbeitszeit. Bei einer dahingehenden Forderung würde es jedenfalls Schwierigkeiten genug zu bewältigen sein, und zwar nicht nur von Seiten unserer Prinzipale, sondern auch in unseren eigenen Reihen. Der Widerstreit der Interessen der Stücker- und der Stundenarbeiter ist einer dieser Differenzpunkte, der zuvor geklärt sein muß, ehe eine diesbezügliche Bewegung eingeleitet werden kann. Für diesen Herbst ist natürlich an eine solche Möglichkeit nicht zu denken, aber wenn die Buchbinder den neunstündigen Arbeitstag errungen haben werden, dann wird die gleiche Forderung, von uns Buchbindern gestellt, um so mehr moralischen Nachhalt haben und auch von Erfolg begleitet sein, wenn die Kollegen, und von diesen besonders die auf Stück arbeitenden, ihre vermeintlichen Sonderinteressen einer ernstlichen Prüfung unterziehen. Das Resultat wird sein, daß alle Arbeiter, ob sie nun auf Stunde oder im Afford beschäftigt werden, die gleichen Interessen haben, die Arbeitszeit zu verkürzen. Es ist freilich unmöglich, alle Arbeitslosen dadurch in Arbeit bringen zu können, denn die Maschinen werden in kurzer Zeit wieder so verbessert sein, daß menschliche Arbeitskraft abermals überflüssig wird. Diese Tatsache wird für uns die Ursache werden, die Arbeitszeit wiederum zu verkürzen und so lange damit fortzufahren, bis endlich ein normaler Zustand zwischen Nachfrage und Angebot von Arbeitskräften herbeigeführt ist. Kann die kapitalistische Produktion diesem Verlangen nicht stattgeben, ohne dabei zu Grunde zu gehen, nun, so haben wir Arbeiter durchaus keine Ursache, ein Produktionssystem künstlich am Leben zu erhalten, das nur besteht in, Arbeitskräfte überflüssig zu machen, die Arbeitenden in steter Sorge um ihre Existenz zu erhalten und die Arbeitslosen nur bemut, um die Arbeitenden bei ihren Forderungen in Schach zu halten.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Am Sonntag Mittag fand in Bestmann's Hotel eine öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter statt, welche sich mit der Aufstellung eines Kandidaten für das Gemeindericht und der Lage der graphischen Arbeiter im Allgemeinen beschäftigte. Zum 1. Punkte der Tagesordnung gab Herr Günther kurz ein Bild der Entwicklung der Gemeinderichtsgerichte, beleuchtete dann die dem jetzigen Geleite anhaftenden Mängel und Vortheile und forderte schließlich auf, trotz aller Mängel für die demnächste Wahl der Arbeitervertreter kräftig zu wirken. Es wurden darauf die Herren Schriftleger Rasmus und Buchbinder Schwaben als Kandidaten in Vorschlag gebracht. Herr Schwaben verzichtete jedoch zu Gunsten Rasmus und letzterer wurde somit einstimmig als Kandidat aufgestellt; er versprach, sich dem ihm gewordenen Auftrage nach besten Kräften zu entledigen. — Dierauf ergriß Herr Schriftleger Reichard aus Hannover das Wort zu einem Vortrage über die Lage der graphischen Arbeiter. Redner gab einen Ueberblick über die Entwicklung des Gewerbes aus dem patriarchalischen Verhältnis zwischen Meister und Gesellen des Mittel-

alters zu den heutigen Lohnkämpfen des Zeitalters der Maschinen und Elektrizität. Für den Kapitalismus sei die Entwicklung höchst vorteilhaft gewesen; auf der anderen Seite seien aber immer mehr Menschen ins Proletariat gedrängt worden. Diefem entgegenzutreten, haben sich schon frühzeitig die Arbeiter vereint und mit mehr oder weniger Glück den Kampf geführt; doch die Kapitalisten hätten auch kämpfen gelernt: sie vereinigten sich zu Ringen, und die gegen vermögenden schwache Arbeiterorganisationen nichts auszurichten, es müßten deshalb starke Vereinigungen geschaffen werden. Durch Heranziehung der billigen Frauenarbeit und der immer größeren Umfang annehmenden Verwendung der Maschinen würde es jedoch den sogenannten geleerten organisierten Arbeitern allein unmöglich, den Kampf mit dem Unternehmertum erfolgreich bestehen zu können; es müßten auch das Personal, die weiblichen Arbeiter zur Organisation herangezogen werden. Das Ziel, welches sich diese Organisationen zu setzen hätten, sei Verkürzung der Arbeitszeit; nur hierdurch sei es möglich, die nach vielen Tausenden zählenden Arbeitslosen unterzubringen und die eigene Lage zu verbessern. Wollte man dies Ziel jedoch erreichen, so müßten sich alle im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und namentlich auch die Arbeiterinnen vereinen; es müßte der Dünkel und der Neid beiseite gesetzt werden; man dürfe wohl eine gerechte Kritik üben, aber nicht gefällig werden. Einigkeit mache stark. Die Buchbinder ständen jetzt vor einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit, der Sieg, den diese erringen würden, käme auch den anderen Arbeitern zu gute. Redner befaß wurde dem Redner für seinen Vortrag gezollt. Es sprachen hierauf noch mehrere Anwesende in gleichem Sinne, da jedoch die Zeit schon zu weit vorgegriffen war, um noch eine längere Diskussion pflegen zu können, so wurde das Bureau beauftragt, geeignete Schritte zu thun und demnächst wieder eine öffentliche Versammlung der graphischen Arbeiter einzuberufen. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die erste Versammlung der graphischen Arbeiter.

Gemüß. Die am 6. Juni abgehaltene halbjährliche Generalversammlung war trotz Extraeinladung jedes einzelnen Kollegen behauerlicher Weise nur von ca. 20 besetzt, was bei den hier herrschenden traurigen Lohnverhältnissen, nur Löhne von 8 Mk. an gezahlt werden, unbegreiflich erscheinen muß. Der 1. Punkt der Tagesordnung, An- und Abmeldungen, gab schon Gelegenheit zur Illustration des traurigen Indifferenzismus, der die hiesigen Kollegen beherrscht; es meldete sich nämlich ein älteres Mitglied ab und motivierte dies mit der Zukerlosigkeit der hiesigen Kollegen. Wenn dies auch kein Grund sein kann, deswegen die Vereinigung zu verlassen, weil andere das nötige Verständnis für die Notwendigkeit noch nicht haben, so möchten wir nur wünschen, daß durch die Chemiever Kollegenchaft geistig nicht auszeichnende Talsache die einigermaßen Denkenden angeregt würden, durch Anschlag und Tätigkeit in dem Verein zu beweisen, daß auch sie einsehen gelernt haben, daß ihre Lage traurig und notwendig zu verbessern ist. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden haben wir hervor, daß 12 Vereinsversammlungen, 2 außerordentliche General-, 2 öffentliche Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen stattgefunden haben und daß die Mitgliederzahl am Anfang des halben Jahres 46 war, zu welchen noch 17 eingetretten sind, ausgestreten sind 10, abgereist 5 und wegen Resken wurden 3 ausgeschlossen, so daß jetzt 45 Mitglieder dem Verein angehören. Der Kassierer konnte bei einer Einnahme von 334 Mk. 7 Pf. und einer Ausgabe von 327 Mk. 82 Pf., einen

Kassenbestand von 6 Mk. 25 Pf. konstatieren. Beim 3. Punkt, „diverse Anträge“, wurde ein Antrag des Kollegen Kämmler angenommen, nach welchem das Mitgliedsrecht bei 13 Wochen auf 50 Pf., bei 26 Wochen auf 1 Mk. und bei 52 Wochen auf 1 Mk. 50 Pf. reduziert werden muß. Unter „Verschiedenes“ legte der Vorsitzende Horn eine Mit. nieder, an dessen Stelle wurde unser frischerer Vorsitzender Kollege Witz gewählt, als Beisitzer wurde Kollege Ubig nominiert. Hierauf wurde 1/1 Uhr die Versammlung geschlossen und hege ich mal nur den Wunsch, das nächste Mal Besseres berichten zu können.

Wolfs. Am 30. Mai hielt der hiesige Verein eine Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Lorenz, eröffnete dieselbe punkt 8 1/2 Uhr und machte folgende Tagesordnung bekannt: 1. Zweck und Rügen der Kontrollkommission, 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes, 3. Stiftungsfest betreffend, 4. Wahl von zwei Mitgliedern unseres Vereins zur Teilnahme an den Kontrollkommissions-Versammlungen, 5. Verschiedenes und Fragelasten. Punkt 1 unserer Tagesordnung mußte wegen noch Nichtanwesenheit des Referenten verlesen werden, und wurde zunächst zu Punkt 2, Neuwahl des Gesamtvorstandes, übergegangen. Gewählt wurden die Kollegen: Lorenz als 1. Vorsitzender, Träger als 2. Vorsitzender, Niemann als Kassierer, Wentrup als Schriftführer, Marx und Krenz als Beisitzer. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl stehend an. Zu Punkt 3 ergriß Kollege Lorenz das Wort und teilte mit, daß er sich demütig habe, den Saal des Restaurant Bürgerverein zu bekommen, leider aber vergebens, oder vielmehr nicht nach Wunsch der Versammlung. Wir müßten dort schon in 14 Tagen, also am 13. Juni, oder erst im August, Ball abhalten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, vorläufig vom Saale des Bürgervereins abzugehen und hauptsächlich der Saal des Koryallpavillons ins Auge gefaßt. Somit wurde Kollege Lorenz von Seiten der anwesenden Mitglieder gebeten, die Beforgung des Saales gütig zu übernehmen. Ferner wurden bei Punkt 4, zur Teilnahme an den Kontrollkommissions-Versammlungen, die Kollegen Marx und Wentrup einstimmig gewählt. Bei Punkt 5 ergriß Kollege Becker das Wort, weil Herr K. Müller nicht erschienen war. Letzterer kommt speziell auf Punkt 1 zurück und deutet in kurzen Worten darauf hin, daß die Kontrollkommissions-Versammlungen hauptsächlich den Zweck haben, stets dahin zu arbeiten, daß die gesamte Arbeiterklasse sich gegenseitig unterstützen soll, daß wenn J. B. in irgend einer Werkstufe, gleichviel ob Schuhmacher, Schneider, Buchbinder u. s. w., eine Differenz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ausbricht, wir energig beitreten müßten, auch fremde Berufsgenossen zu unterstützen. Ferner wurde angenommen, daß wir den Kollegen bei ihrer Abreise ein herzliches Lebewohl gelegentlich sich nicht versagen. Im Fragelasten fand sich nichts vor. Nachdem der 1. Vorsitzende die Kollegen zu einem regen Besuch der Versammlungen aufgefordert, erfolgte Versammlungsschluß 1/12 Uhr.

Diesfeld. In der Versammlung vom 23. Mai hielt Kollege Darrics eine Vorlesung über „Gesundheitspflege und das Naturerbsvermögen“. In seiner Einleitung bemerkte der Vortragende, daß die Kollegen es sich sehr angelegen sein lassen sollten, für ihre Gesundheit mehr bedacht zu sein, da gerade unsere Branche eine der ungesundesten sei. Sodann erklärte Redner der Versammlung die Einwirkungen des Lichtes, der Luft, Bewegung, Diät und des Wassers auf den menschlichen Körper. Da die Zeit schon vorgeschritten, brach Vortragender seine sehr dankbar aufgenommene Vorlesung mit dem Bemerten ab,

Die „Alle“ und die „Aner“ Zeit.
Streitfächer über unser wirtschaftliches Volksleben.
Von W. T.

Es wird von den Geschichtschreibern behauptet, daß die Erziehung der Kinder in Frankreich damals einfacher war. „Die Sitten“, sagt Lavallée, „waren weniger verderbt, oder wenigstens zeigte man weniger Reue in der Kaiser. Man hing an die Tugend nicht mehr lächerlich zu finden, und man fürchtete den Ruf der Sittenlosigkeit. Die Eigenhaft hatte ihre Geltung gänzlich verloren: die Namen der Wohlthätigkeit, der Menschlichkeit und vorzüglich der Empfindsamkeit waren in Aller Mund, durchdrangen alle Schriften, begleiteten unvermeidlich alle Entwürfe, vorzüglich die der Regierungen.“ Die Franzosen, sagt Lacretelle, „entwerfen nur friedliche Pläne: niemals hatten sie sich inniger verbunden, um alle Uebel zu bekämpfen, welche die Natur dem Menschen auflegt, und welche auf tausend Wegen in die gesellschaftlichen Verhältnisse eindringen.“ Das Ansehen und die Wanderschaft wurden ausgefacht; man pries das ländliche Glück und glaubte an die höchsten Tugenden des Bauernstandes, und als Ludwig XVI. den Weibergenen seiner Domänen auf Voltaires und Neders Bitten ihre Freiheit gab, ging ein Sturm des Beifalls durch das ganze Land. So suchte man in der äußeren Natur die Befähigung und den Bundesgenossen für die innere Natur des Menschen und die Sentimentalität und Einfachheit war nichts als eine von selbst entstandene Barriere gegen die Frivolität und den Luxus der höheren Stände. Allein diese leise, stillschweigende Opposition gegen die Formen aristokratischer Gesellschaft konnte dem Bedürfnis nicht genügen, ein neues Recht zu schaffen.

Aus dem Gefühl, das sie andeutete, mußte ein festes und klares Prinzip werden. Und dies war es, was die neue Philosophie in Frankreich zu ihrer Aufgabe machte. — Die besten und edelsten Männer, noch unangebeugten Muthes, noch jung und thätig, mehrere selbst von hohem Adel, verließen ihr Heimatland, gingen nach Amerika; überall zeigte sich ein nicht mehr bezwängelter Geist der Freiheit, der vorwärts drängte, und überall waren es die Träger der Krone und seine Rathgeber, welche blind waren, gegen den aufstrebenden Geist der Zeit; ja diese Art Rathgeber in der Gestalt des „alten Adels“ waren sogar bestritt nicht nur ihre Privilegien zu erhalten, sondern dieselben sogar zu erweitern! — So war die Grenze auch des Unertuglichsten überschritten! — Die feudale Gesellschaft, die nur im festen Grundbesitz mit ihrer Macht wurzelte, war zu Ende mit ihrem Latein. — Lafontaine, einer jener hervorragenden Franzosen, vom „alten Adel“, jung, thätig, von glühender Freiheits- und Vaterlandsliebe befeuert, „wahrhaftig und edel“, hatte der Heimath den Rücken kehren müssen —; jetzt lehrte er, dem Zuge der Zeit folgend, in sein Vaterland zurück, mit größeren „Jeden“ als er daselbst verlassen, war er doch Zeuge des Sieges der amerikanischen Volkssouveränität über die „legitime“ englische Macht! Die Freistaaten blühten auf, und die philosophische Schule konnte jetzt dem altaristokratischen Beispiele Englands das demokratische Nordamerika gegenüberstellen. Die Begeisterung war groß; aber man begeisterte sich nicht nur für Nordamerika, sondern für die Hoffnung, auch in Frankreich den Sieg des Volkes über die Gewaltthäter feiern zu können.

So war in Frankreich der Geist des Volkes durch die verkehrte Stellung der Staatsgewalt zur Gesellschaft gegen die Staatsgewalt selber

gewendet. Die Noth drängte, der Mangel stieg, der Staat mußte an Reformen denken und als sie kamen, kam mit ihnen die Revolution. — Die Lehre von der Gesellschaft zeigt, daß die Ordnung der Gesellschaft ihrer unabwehbaren Natur nach die Verfassung des Staates bedingt. Wo eine neue Ordnung der Gesellschaft unter einer alten Verfassung entsteht, da entsteht mithin notwendig ein Widerspruch zwischen Gesellschaft und Staat. Dieser Widerspruch, der dem Leben der Gesellschaft angehört, verbreitet sich mit demselben in den Lebenskreis jedes Einzelnen hinein; er ruht auf jedem Gute, auf jedem Genuße, auf jeder Fähigkeit; denn Befehl, Genuß und Kraft der Einzelnen sind es eben, welche die Ordnung der Gesellschaft, und mithin den Gegenstand gegen die alte Staatsordnung bedingen. Er geht auch hinüber in den ganzen Organismus der Verfassung und Verwaltung, denn diese fühlen sich fremd und feindlich in ihrem eigenen Volke, und können demnach ihren Feind nicht finden, weil er in der Natur jedes Einzelnen begründet, selbst ohne den Willen des Einzelnen vorhanden ist. Dieser Widerspruch ist es, der sich als jenes Gefühl des Unbehagens, der bekommenen Erwartung neuer und gewaltiger Ereignisse äußert; in dieser unklaren Ahnung erkemmt nur die absolute Notwendigkeit der Harmonie zwischen Verfassung und Gesellschaft, und die Gewißheit, daß sie als unabwehbare Gesetz des Staats und Volkslebens um jeden Preis und auf jedem Wege sich wieder herstellen werde. Diese Harmonie aber ist gestört, wenn eine neue Klasse der Gesellschaft sich zu den alten hinzusetzt; und dieses Unbehagen deutet daher, nach dem festen Geleite der öffentlichen Bewegung, auf die Entwicklung einer solchen neuen Klasse und auf ihre Forderung an einem Antheil der Staatsgewalt hin. So war es in der letzten Hälfte des vori-

gen Jahrhunderts in Frankreich, so war es auch in dem nächst verfloffenen Jahrzehnt; hätte man das Wesen der Gesellschaft so gut gekannt wie man die Formen der Staatsgewalt kannte, so würde man mit gutem Willen damals wie jetzt viel Uebes verbindet haben. Allein vor allem fehlte eben der gute Wille. Die Inhaber der Staatsgewalt wollten das, was sie besaßen, nicht mit anderen Klassen der Gesellschaft theilen. Auch war Niemand da, der es gefordert hätte; die Natur der Sache spricht selten laut genug, wo die Eigenhaft die Entschiedenheit hat. Es schien als brauche man jenem dritten Stand nur seine Organisation zu verweigern, um ihn selber machtlos zu machen. Wie leicht endlich war das nicht? Das Nichtwollen schien hier zu genügen. Die Spannung steigerte sich. — Ein Ministerium nach dem andern kommt und geht; Turgot und Mider hatten den König durch ihre Vorstellungen empfänglich gemacht, so daß es Calonne gelang, dem König 1785 eine Denkschrift zu überreichen, deren wesentlicher Inhalt dahin ging, daß die Grundsteuer auf alle Grundstücke ausgedehnt, und der dritte Stand von den drückendsten Abgaben, der Taille, der Salzsteuer, den Zehnten, befreit werden müsse; ohne solche Maßregeln sei keine Hilfe! — Die diese Geleite erhalten zu können, sollte der König die Notabeln berufen. Unter den Notabeln verstand man die alte Volksvertretung, deren Anfang im Dunkeln liegt, und die ihren Glanzpunkt im 14. Jahrhundert unter dem Namen der Etats généraux gehabt hatte. Von da an waren diese Versammlungen mehr und mehr Werkzeuge in der Hand des Königthums geworden. Adel und Geistlichkeit herrschten in ihnen vor; die letzte Versammlung war im Jahre 1614 gehalten worden; die Notabeln waren nach den alten Provinzen gemäß, und zwar nach drei Ständen, Adel, Geistlichkeit

in den nächsten Versammlungen sie fortzusetzen. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: „Beschlußfassung über die Aufnahme der Arbeiterinnen in unsern Verein.“ Nach der sehr lebhaften, zeitweilig erregten Debatte wurde einstimmig beschlossen, die Arbeiterinnen in unsern Verein aufzunehmen, da sie, um selbständig einen Verein zu gründen und zu leiten, noch nicht genügend ausgefaltet sind. Ferner wurde das Eintrittsgeld auf 20 Pfennig und der monatliche Beitrag auf 40 Pfennig festgesetzt, außerdem beschloß die Versammlung, auf den 14. Juni eine „außerordentliche Versammlung“ einzuberufen, zu welcher sämtliche Arbeiterinnen eingeladen werden sollen. Zu bemerken haben wir noch, daß die von uns angeregte Gründung einer „Gewerkschaftsberge“ jetzt zur feststehenden Tatsache geworden ist. Nachdem in dieser Sache verschiedene Versammlungen sämtlicher Gewerkschaften vorausgegangen, wurde in der letzten Versammlung am 30. Mai der definitive Beschluß gefaßt, das Anverbot eines Wirtes, welcher seine großen Gebäulichkeiten zu diesem Zweck, nach den Wünschen der Versammlung, ohne jede Bedingung umbauen will, angenommen. Von 24 heiligen Gewerkschaften erklärten 17, ihre Versammlungslokale und Herberge sofort nach Eröffnung der Gewerkschaftsberge dorthin zu verlegen. Eine ständige Kommission wird die Herberge auf Reinlichkeit und Ordnung überwachen und soll Wünsche und Beschwerden vermitteln. Somit wurde dieses Unternehmen trotz gegenseitiger Beratschlagungen in nicht geahnter, großartiger Weise, auf fester Basis begründet, als ein zentraler Vereinigungspunkt sämtlicher Gewerkschaften, zum Nutzen des reisenden Arbeiters, welcher sich hier freier bewegen und ebenso billig leben kann, als auf sogenannten christlichen Herbergen —, von Seiten der Gewerkschaften, welche im eigenen Hause keine Saalabreiterer etc. zu beschaffen brauchen. Mit gerechter Verbriedung können wir auf dieses Resultat blicken.

B.

Breslau. Seit einiger Zeit haben wir über unsere Verhältnisse nichts Besonderes mitteilen können und ist es deshalb Zeit, wieder etwas von uns hören zu lassen. Nachdem durch die erbärmliche, erschöpfte Handlungsweise des Ausschusses, welche die hiesige Bewegung einen schweren Rückschlag erlitten, war es unser eifriges Bestreben, den Verein und das Vereinsleben nach Kräften zu heben. Um nun den hiesigen Innungsmitgliedern zu zeigen, daß unser Verein trotz der Vorkommnisse im Anfang d. J. nicht zu Grunde gegangen ist, hielten wir am 1. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, die von 80 Kollegen und 12 Arbeiterinnen besucht war und zu welcher wir die Herren Innungsmeister besonders eingeladen hatten. Kollege Kammler als Einberufer eröffnete dieselbe um 9/9 Uhr. Nach vollkommener Bureauwahl ertheilte der Vorsitzende dem Referenten Herrn Hennig das Wort zum 1. Punkt der Tagesordnung: Innung oder Verband. Der ausgelegte Vortrag dauerte über eine Stunde und wurde von den aufmerksam Zuhörenden mit großem Beifall aufgenommen, weshalb wir denselben auszugswise den Lesern unserer Zeitung mitteilen wollen. Von den römischen Gewerkschaften ausgehend, gab der Referent ein geschichtliches Bild über die Entstehung und Entwicklung der Innungen. Diefelben wurden gegründet zum gemeinsamen Schutze gegen die Lebergriffe des Adels. Mit zunehmender Macht wurden sie dem Absolutismus bald lästig und erfolgte daher im Jahre 1232 die Auflösung der Innungen durch die Hohenstaufen. Durch veränderte Zeitverhältnisse gelangten dieselben wieder zu ihrem Recht und ihrer Macht. Da der Grundgedanke der Gleichheit bei ihnen nicht herrschte, wirkten sie nach oben segensreich, nach unten aber

und dritter Stand; es waren im Ganzen damals 491 Mitglieder gewesen, davon 152 Mitglieder der Geistlichkeit, 140 vom Adel und 199 vom dritten Stande; letztere aber nur aus den Städten, fast lauter Bürgermeister und Schöffen oder Rathsherren. Die Wahlart war sehr verschieden, auch hatten die einzelnen Provinzen eine verschiedene Anzahl von Abgeordneten; so die ganze Bretagne nur 19, die Dauphiné nur 11, während andere wie die Isle de France 21, Burgund 48 sandten, andere in gleich unverhältnismäßiger Weise. Vor Allem aber waren die Notabeln nur ein Rath für den König; sie hatten keine Art von gesetzgebender Gewalt, und das endlich niemals das Recht und die Form der Notabeln gesetzlich bestimmt und ferner der alte Gebrauch damals verfallen war, so hatte faktisch das Königthum mit diesem Vorschlage die Macht, die ganze Verwaltung so einzurichten und so zu gebrauchen, wie es wollte. Es blieb abfolut. Das die absolute Monarchie nicht berührt wurde, gab Calonne die Möglichkeit, die Sache vorzuschlagen. Nach heftigen geheimen Debatten ward die Beratung beschlossen. Die Notabeln gehörten in ihrer Mehrzahl den beiden privilegierten Ständen an, sie waren die Vertreter der alten feudalen Gesellschaft, das war der Grund, der sie auch dem Adel und der Geistlichkeit annehmbar erscheinen ließ. Ihnen nun ward der Zustand der Dinge vorgelegt; es ward ihrer Repräsentation der Elemente jener alten Gesellschaft von der Staatsgewalt nachgewiesen, daß mit ihnen der Staat selber nicht länger bestehen könne. Der Staat erklärte, daß er aus eigener Machtvollkommenheit den öffentlichen Rechtszustand nicht zerbrechen wolle; er legte es in die Hand der alten Gesellschaft selber, ihre Privilegien wenigstens so weit aufzugeben, als die unabwiesbaren

in jeder Weise bedrückend. Die den Innungen Unterworfenen hatten in den freien Städten unter einer schwächeren Leibeigenschaft zu leiden als die Bauern auf dem Lande. Als zukunftsfeindliche, vollverbrummene Institute suchten sie jeden Fortschritt, jede Erfindung nur für sich auszuheulen, statt solche der Gesamtheit zum Nutzen zu übergeben. Unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen haben dieselben keinen Zweck mehr, sie gehören in die mittelalterliche Kämpfammer; sie sind höchstens noch dazu da, das Privilegium der Lehrlingszucht in der großartigsten Weise auszubeuten. Alle von oben herab angewandten künstlichen Verläufe können den allmählichen Verfall der Innungen nicht verhindern. Wir Arbeiter haben deshalb auch keine Ursache, dieser mittelalterlichen Einrichtung auch nur eine Träne nachzujammern. Eine Besserung unserer traurigen Lage können wir nur durch eigene Kraft, durch allgemeinen Beitritt zur Organisation erreichen, da wir von oben herab keine Hilfe zu erwarten haben. Wir haben ein Recht auf unsere Forderungen und geben uns mit den Broden, die man uns zuwirft, nicht zufrieden. Durch lange, Arbeiterkongressen etc. ist uns noch lange nicht geholfen, wir verlangen unser Recht. Die englischen Arbeiter sind die Vorkämpfer um das Koalitionsrecht gewesen und haben es auch nach 30-jährigem schweren Kampfe erreicht. Nachdem der Referent noch unsere Aufgaben den Arbeiterinnen gegenüber darlegte, beendete er seinen höchst gebienerischen Vortrag mit einer Mahnung zum alleinigen Beitritt zur Organisation. Der Vortrag wurde alsdann zur Diskussion gestellt, aber trotz wiederholter Aufforderung meldete sich keiner der erschienenen Gegner zum Wort, worauf Kollege Kammler ganz richtig bemerkte, daß eine Widerlegung nicht gut möglich sei, indem der Referent nur allzu wahr und treffend gesprochen habe. Herr Weiskörper Geithe erklärte alsdann auch einen kleinen Beitrag zu der jeder Beschreibung spottenden Lehrlingszucht der Innungen. Inzwischen ging folgende Resolution ein:

„Die heute den 1. Juni 1891 in Breslau tagende öffentliche Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, zur Erreichung besserer Existenzbedingungen dem hiesigen Unterstützungsverein beizutreten.“

Die Abstimmung ergab Annahme der Resolution. Zum 3. Punkt, Verlesenes, wurde das Verhalten einiger hiesiger Buchbinderfirmen scharf kritisiert. Es sind dies die von Keitzig gut bekannten Herren Wilhelm und Otto Kilmofski und der Buchbindermeister, früheres Mitglied, Warchand. Was die ersteren betrifft, so suchen dieselben die ohnehin schon traurigen Preise noch mehr herunter zu drücken, damit ihnen nur die Arbeit zugestimmt wird. So boten sich dieselben bei verschiedenen Buchhändlern an die Schulbücher nach 20 Procent billiger zu machen als sie bisher hergestellt wurden. Der „Meister“ Warchand richtete an die Firma Hoyer & Co. eine Bitte, ihn doch als Arbeiter einzustellen. Er wolle gern für 12 Mark Wochenlohn arbeiten, und zwar von Früh 6 oder 5 Uhr bis Abends 8 Uhr, bei 1 Stunde oder 1/2 Stunde Mittag. In selbstberäuberischer Weise empfahl er sich dem Chef als tüchtigen Arbeiter, der seine bisherigen tüchtigsten Arbeiter völlig übertriffe, und bat denselben, doch einen zu entlassen und ihn dafür einzustellen. Glücklicherweise machte der Chef von diesem Anverbot keinen Gebrauch.

In seinem Schlusswort wendete sich der Referent hauptsächlich an die erschienenen Arbeiterinnen und forderte dieselben auf, im Verein mit den Kollegen um bessere Existenzbedingungen zu kämpfen und zu diesem Zweck der Organisation

Bedürfnisse des Staates gingen; er forderte sie auf, sich freiwillig (?) ihrer Berechtigung zu berauben, und die neuen Elemente der Gesellschaft neben sich als gleichberechtigt anzuerkennen. Es war einer jener feierlichen Momente, in welchen einem Volke noch einmal die Möglichkeit geboten wird, durch freiwilliges Opfer einer unmöglich gewordenen Stellung, einer gemaltamen Revolution zu entgehen. Allein die alte Gesellschaft stieß die dargebotene Hand zurück; die Notabeln von 1787 und 1788 bewiesen den Soy, der fast als Gesetz gelten kann, daß eine Gesellschaft, welche die Staatsgewalt beherrscht, selten freiwillig ihre Ordnung aufzugeben weiß, daß sie es regelmäßig lieber auf eine gemaltame Umwälzung antommen läßt, als daß sie auf Kosten der bevorrechtigten Theile die niedere Klasse an ihren natürlichen Platz gelangen ließe. — Calonne legte den Notabeln die Hauptforderung der Staatsgewalt vor: Die Besteuerung alles Grundbesitzes. Sofort erhob sich ein wüthender Sturm. Statt auf die Sache einzugehen, griff man den Minister an. — Calonne mußte abtreten. An seine Stelle trat Brienne. Die Lage der Dinge ward dadurch nicht geändert. Statt das Privilegium der Steuerfreiheit aufzugeben, wollten die Notabeln nicht als Verwaltungstreuen. Endlich ward es klar, daß die Staatsgewalt durchaus ihre Hilfe gegen die Forderungen der alten Gesellschaft verweigern. Brienne löste sie auf. Der Wurf war gefallen. Der alte Staat war doch noch fester als diese alte Gesellschaft, diese war überwältigt; der Weg der Reform durch die ständliche Vertretung war verschlossen, es war klar, daß die alte Gesellschaft unfähig war, ihre eigene Umgestaltung zu begreifen und zu leiten.

(Fortsetzung folgt.)

beitreten. Die Arbeiterinnen zeichneten sich sämtlich alsdann in die ausgelegten Listen ein. Mit einem Hoch auf die Solidarität der Arbeiter und den Referenten Herrn Hennig wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Wöchten doch die hiesigen Kollegen und Arbeiterinnen alle endlich zur Einheit kommen, daß wir nur durch Einigkeit etwas erreichen können.

A. O.
Stuttgart. In der am 23. Mai stattgefundenen außerordentlichen General-Versammlung gelangte ein von der früher zu diesem Zweck gewählten Kommission ausgearbeiteter Statutenentwurf, welcher die direkte Aufnahme der Arbeiterinnen in den Verein in sich schloß, zur eifrigen Beratung und wurde später gegen nur einige Stimmen angenommen. Das neue Statut, welches mit 1. Juli in Kraft tritt, bestimmt als Eintrittsgeld für männliche Mitglieder 25 Pf., für weibliche 20 Pf.; der wöchentliche Beitrag ist normirt für Arbeiter auf 20 Pf. (wozu übrigens noch 10 Pf. Extrabeitrag hinzukommen) und für Arbeiterinnen auf 10 Pf. Als Arbeitslohnunterstützung für verarbeitete Mitglieder und Witwen mit Kindern sind unter Voraussetzung von einjähriger Mitgliedschaft 10 M. und für an den Ort gebundene ledige Mitglieder und Arbeiterinnen 5 M. pro Woche auf die Dauer von vier Wochen in Aussicht genommen. Auf die weiteren abgeordneten Paragraphen noch näher einzugehen, halten wir mit Rücksicht auf die Leser nicht für geboten und beschränken uns deshalb auf die Mittheilung der wichtigsten Grundzüge des Statutes. Die Aufnahme der Arbeiterinnen in den Verein wäre somit für Stuttgart vollzogen und hört der bisher hier bestandene „Arbeiterinnenverein“ demgemäß auf zu existiren. Am 6. Juni nahmen wir Stellung zu folgenden Anträgen: 1) Gründung einer allgemeinen Arbeiterbibliothek, 2) Einführung von Les- bzw. Diskussionsabenden. Den ersten Antrag, dem ein fertiges Projekt beigegeben war, begründete Kollege Vogel, der auch Antragsteller war. Um allen Arbeitern die Benutzung unserer Literatur zu ermöglichen, sei die Schaffung einer allgemeinen Arbeiterbibliothek eine Nothwendigkeit. Auf Grund eines Vertrages mit Vorbehalt eines dreimonatlichen Kündigungsrechtes und Vertheilung der Kosten auf die Kopfzahl der Mitglieder sollen sämtliche Buch- u. Vereine am Ort — soweit sie darauf eingehen — ihre Bibliotheken, von denen mitunter viele, wie auch ihre Kassen, sehr mangelhafter Natur seien und ihrem Zweck in keiner Weise entsprechen, zu einer großen Bibliothek verschmelzen, an der dann auch diejenigen Vereine, welche bis jetzt noch keine Bibliothek anzuschaffen in der Lage waren, partizipiren könnten. Der Bibliothek wäre auf diese Art die Möglichkeit gegeben, mehr Bücher anzuschaffen und liege darin ein großer agitatorischer Werth für die Arbeiterbewegung. Der Vorstand möge sich diesbezüglich mit den diversen Vereinen ins Benehmen setzen. Dem Vorschlag selbst wurde seitens der Versammlung keine große Sympathie entgegengebracht und waren es hauptsächlich taktische und praktische Gründe, die man dagegen ins Feld führte. Die Gelegenheit, Literatur zu bekommen, sei für die Arbeiter immer zu finden, wenn sie wirklich ernste Bedürfnisse haben. Nachdem verschiedene Redner sich im gleichen Sinne erklärt und Kollege Vogel darauf erwidert hatte, zog der Letztere seinen Antrag zurück und kam der zweite Gegenstand der Tagesordnung, „Einführung von Les- bzw. Diskussionsabenden“ zur Debatte. Im Verlauf derselben wurde der Antrag abgelehnt, jedoch gewünscht, daß Vereinsabende, an welchen keine besonders wichtigen Angelegenheiten die Versammlung zu beschäftigen hätten, zu diesem Zweck aussersehen werden möchten.

Wormheim. Warum sollen sich die Etuisarbeiter organisiren? Um erstens den Untergrund unseres Gewerbes aufzuhalten und zweitens bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Wenn man die Entwicklung der Etuisfabrikation seit 10 Jahren verfolgt, so sieht man, daß zwischen jetzt und früher ein gewaltiger Unterschied ist. Früher wurde Alles mit der Hand angefertigt und weibliche Hilfsarbeiter konnte man nicht. Heute finden wir größtentheils Maschinenbetrieb und die weiblichen Arbeiter in größerer Anzahl in der Fabrik thätig als die männlichen. Früher verdiente der Arbeiter so viel Gulden als heute Mark. Die fortschreitende Zeit und verderbliche Konkurrenz ist eben die Ursache der niederen Löhne und der daraus folgenden Mangelarmuth. Bei dieser „billigen Konkurrenz“ ist leider der Arbeiter derjenige, welcher für diese Krebschäden büßen muß. Der Lohn wird heruntergebracht und der Arbeiter förmlich mit der Heerde angetrieben, dem armen Fabrikanten ein freudvolles Leben zu schaffen. Ein weiterer Uebelstand ist die Lehrlingszucht, ganz besonders in den größeren Fabriken. Kommt es doch in einzelnen vor, daß auf jeden Arbeiter ein Lehrling kommt, ja die Lehrlinge die Zahl der Arbeiter noch übersteigen. Wenn die Lehrlinge dann „ausgelernt“ haben (gewöhnlich haben dieselben nur einen Theil der Fabrikation erlernt), können sie entweder gehen, oder Konditor oder Sattler werden, überhaupt gleich ein anderes Gewerbe ergreifen, damit sie nicht ganz verflummern, im andern Falle müssen sie für einen solchen Spottpreis Lebensunterhalt reich. Dies sind auch die hauptsächlichsten Uebelstände, welches sich die älteren Kollegen wehren sollten. Gegen derartige Mißstände, welche dringend der Abhilfe bedürfen, hilft nur eine feste zentralisirte Organisation. Der hier existirende Fachverein der Etuisarbeiter hat sich zur Aufgabe gemacht, hierin Wandel zu

schaffen und durch eine Mehrbezahlung der Leberstundenarbeit eine gleichmäßigere Arbeitszeit anzubahnen. Um dieses durchzuführen ist es aber nothwendig, daß alle Etuisarbeiter, Mann für Mann, der Organisation beitreten — dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. F. R.

Als Erwiderung

auf das in unserer letzten Nummer abgedruckte Eingeladene des Herrn Meier in Berlin finden wir in einer der neueren Nummern des „Vorwärts“ einen längeren Artikel von unserem Kollegen Schlegel, dem wir folgende Auszüge entnehmen: „Gleich zu Anfang sagt Hr. M.: „Zwei Versammlungen, welche auf Veranlassung des Fachvereins einberufen sind“; das ist nicht wahr, Herr M. muß wissen, daß die öffentliche Versammlung mit dem Fachverein nichts zu thun hat, er muß wissen, daß diese Versammlung von den Altenburger Delegirten aus eigener Initiative einberufen worden ist, also? — Die zweite war eine Generalversammlung des Fachvereins, um Stellung zu der in der öffentlichen Versammlung angenommenen Resolution zu nehmen. Die Versammlung hat allerdings mit 230 gegen 3 Stimmen erklärt, daß sie sich voll und ganz auf dem Boden der Zentralisation stelle und nicht gewillt ist, unsere immerhin gute Organisation zu Gunsten eines erst gegründeten Vorstands ebenfalls aufzulösen. Da aber die Arbeiterinnen ebenfalls zu organisiren sind und zwar nach unserer Ansicht auf zentralistischer Grundlage, unser Verein jedoch, erstens aus vereinsgesetzlichen und zweitens auch aus anderen praktischen Gründen den Zeitpunkt nicht für gekommen erachtete, die Arbeiterinnen gleich aufzunehmen, so beschloß man, dieselben vorläufig selbständig zu organisiren. Man erliehe hieraus, daß mit keinem Wort davon die Rede ist, wie Hr. M. uns unterrichtet will; „erstens seien die Frauen nicht reif dazu“, das sollte wohl bloß den Zweck haben, die Arbeiterinnen gegen uns aufzubringen, uns deren Vertrauen zu rauben. Und wer hält denn die Frau für reifer, der, der da glaubt, die Frau muß dem Mann in einem Verein sein, um sie aufzuklären oder der, welcher sagt, die Frau ist fähig genug, selbständig eine Vereinigung zu bilden und zu erhalten? Hier widerspricht sich Herr M. denn gewaltig.

Hr. M. fragt, welchen Werth wir uns der Verband hat — naive Frage das — aber nicht zu verwundern bei einem Manne, der noch lange Jahre zu den Indifferenten gezählt werden mußte, wo sich derselbe Verein, dem er sich vor gar nicht langer Zeit angeschlossen hat, längst die Auflösung und Organisation der Arbeiterinnen angelegen sein ließ. Wer aber noch nicht begriffen hat, welchen Werth der Verband, also eine Arbeiterorganisation über ganz Deutschland hat, hat ungewissenhaft auch noch nicht begriffen, welchen Werth die Arbeiterbewegung überhaupt hat. . . .

Aber eines muß noch berichtigt werden. Hr. M. schätzt die hiesigen Buchbinder etc. auf 6000 und sagt 500 wären nur im Verein. Woher dieser Mann seine Schätzung hat, weiß ich nicht, aber aus trüber Quelle muß er geklopft haben. Die letzte Statistik ergab folgendes Resultat (menn diese Zahlen auch nicht die thatsächlich beschäftigten Arbeiter unserer Branche aufweisen, so geben sie doch ein annäherndes Bild): In 220 Werkstätten (110 waren Buchbindereien) waren beschäftigt 1800 männliche und 1300 weibliche Arbeiterkräfte, wir haben aber in Betracht zu ziehen, daß die einzelnen Spezialitäten, wie Bedarbeiter, Albumarbeiter, Ractonarbeiter, ihre selbständigen Vereine haben, also ein Theil auf diese Vereinigungen kommen würde, und hier dürfte der Hebel einzufangen sein; nicht weil der Verband nichts leistet, wollen sich die vielen Indifferenten der Vereinigung nicht anschließen, sondern weil durch diese Spezialvereine und Vereinen die Agitation ungeniem erschwert wird. Aufgabe aller Kollegen soll es daher sein, dem größten Verein, dem Verein der Buchbinder, dem Zentralverein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter sich anzuschließen.“

Korrespondenzen der Generalkommission.

In der Zeit vom 4. bis 10. Juni sind eingegangen 614,20 M.; für den Monats sind bis 10. Juni 44 555,89 M. abgeliefert worden.

Frankfurt.

Während der Pfingstfeiertage tagte in Altenburg der dritte (außerordentliche) Verbandstag des Verbands deutscher Mäliergehilfen. Auf demselben waren ca. 2500 Mälier durch 29 Delegirte vertreten. Der Verbandstag beschloß den Sitz des Verbandes von Eisenach nach Halle, den Sitz des Ausschusses aber von Frankfurt a. M. nach Kreuznach zu verlegen. Ferner trugen die Verhandlungen wesentlich zum weiteren Ausbau der Reiseunterstützung etc. bei. Auch wurde der Beschluß gefaßt, daß die Organisation der Mälier auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongreß durch den Delegirten Berlins, Kollegen Grunau, vertreten werde. Anschließend hieran bitten die Mälier alle Genossen, ihrer Organisation Vorlauf zu leisten, wo sie nur irgend thun. Es herrschen in der Mälier Arbeitsverhältnisse, welche aller Menschlichkeit Hohn sprechen. Die VI. ordentliche Generalversammlung der allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29) tagte am 25. Mai zu Frankfurt a. M. Betretten waren hierbei 35 002 Mitglieder durch 66 Delegirte. Die Mitgliedszahl der Krankenkasse hat sich seit der letzten ordentl. Generalversammlung in Nürnberg erheblich ge-

